



Dokumentation der Debatte auf dem

Bildungspolitischen Forum

"Medienbildung jetzt! Wohin steuert Brandenburg?"

7. Juni 2016 | Medieninnovationszentrum Babelsberg

Am 7. Juni 2016 diskutierten Politikerinnen mit Fachexperten im Rahmen des bildungs- politischen Forums des lmb - Landesfachverband Medienbildung Brandenburg „Medienbildung jetzt! Wohin steuert Brandenburg?“. Nach vier Jahren „Landesinitiative „Medienkompetenz stärkt Brandenburg“ - getragen vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gemeinsam mit der Medienanstalt Berlin-

Brandenburg – zog der lmb eine erste Zwischenbilanz: Was wurde erreicht, was ist noch zu tun? **Wir dokumentieren die Debatte**, die am Vortag einer Landtagssitzung stattfand, auf der gleich vier Anträge von Oppositions- und Koalitionsfraktionen zur Medienbildung verhandelt wurden. In der nachfolgenden redigierten Fassung der Diskussion kommen zu Wort:

DIE POLITIKERINNEN

Simona Koß | bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Kathrin Dannenberg | bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke

Kristy Augustin | jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Marie-Luise von Halem | bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

DIE FACHEXPERTINNEN UND -EXPERTEN

Bernd Mones | Vorsitzender des lmb

Tobias Falke | Media2Be e.V. und BTU Cottbus-Senftenberg

Beate Rabe | Filmmuseum Potsdam

Grit Sujata | Medienwerkstatt Potsdam

Mechthild Brachmann | Arbeitskreis Neue Medien

Anka Heinze | stellvertretende Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg

Zabreea Köstermann | Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e.V.

Matthias Specht | geschäftsführender Referent des lmb

Cornelia Brückner | Vorstand lmb und Referentin am Zentrum für Lehrerbildung der Universität Potsdam

MODERATION

Susanne Schmitt | Journalistin und Vorstand lmb



Gut-HABEN und SOLL-Bruchstellen nach vier Jahren Landesinitiative

Matthias Specht, geschäftsführender Referent des lmb

Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade jetzt - in der Juni-Sitzung des Landtags - sich sehr viele Anträge mit dem Thema Medienbildung beschäftigen. Das Thema drückt. Zuallererst drückt es auf die Schule oder genauer: auf die Lehrerinnen und Lehrer, die nun ein Basiscurriculum Medienbildung ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen müssen. Es drückt auch auf das schulische Beratungssystem BUSS. Ein guter Anlass, um inne zu halten und selbstkritisch zu fragen: haben wir das erreicht, was im Rahmen des Konzeptpapiers des Bildungsministeriums "Stärkung der Medienkompetenz" als Umsetzungsbausteine beschrieben steht? Immerhin gab es damals die KMK-Erklärung zur schulischen Medienbildung noch nicht. Was also muss ab heute getan werden, um sich der Mediatisierung des Lebens-, Lern- und Arbeitsalltags zu stellen?

Nachdem der Beirat "Medienkompetenz stärkt Brandenburg" - das Begleitgremium zur Umsetzung der Leitprojekte aus der Landeskonzeption - erst vor wenigen Tagen in einer Klausur begann, die Landesinitiative zu analysieren und Soll und Haben nach vier Jahren Praxis zu identifizieren, will ich an dieser Stelle die Sicht des Landesfachverbandes Medienbildung auf die Dinge schärfen.

Das erste und stärkste Gut-HABEN ist, das es eine Initialzündung gab, dass die identifizierten Akteure von Medienbildung im Land in einen Dialog eingetreten sind, aus dem heraus sich verschiedenerlei Fachnetzwerke gebildet haben. Zweitens: Für den lmb bedeutete dies gleich in mehrfacher Hinsicht einen erheblichen Entwicklungsschub: wir konzentrieren unsere Kräfte seitdem auf Multiplikatoren. Die

medienpädagogische Arbeit mit Heranwachsenden leisten hingegen die medienpädagogischen Fachkräfte des Netzwerks der Juguginformations- und Medienzentren (kurz JIM), das wir koordinieren sowie die Absolventen unserer medienpädagogischen Zusatzqualifikation. Als das Konzeptpapier geschrieben wurde, war von 23 dieser Absolventen die Rede; in diesem Jahr werden es schon rund 80 Fachkräfte sein. Insgesamt eine gute Entwicklung. Mit Start der Landesinitiative von MBSJ und der Medienanstalt wurde unser Verband als Umsetzungspartner der Leitprojekte einbezogen. Seitdem stehen wir in einem wesentlich engeren Austausch mit MBSJ, mabb und LISUM. Und wenn ich das MBSJ erwähne, dann insbesondere auch die Abteilung 3, womit ich beim dritten Entwicklungspunkt des lmb bin: Wir beschäftigen uns nun auch nicht nur mit Angeboten der medienpädagogischen Vernetzung von Schule und Jugendarbeit, so wie es mit der Rahmenvereinbarung von MBSJ und unserem Verband seit über zwölf Jahren gelebte Praxis ist, wir entwickeln jetzt auch konkrete Fortbildungs- und Beratungsangebote direkt für Lehrerinnen und Lehrer. Gerade erst verabredeten der lmb und die Abt. 3 einen ersten Piloten für eine Grundqualifikation Medienbildung für Grundschullehrer.

Ob das damals vor vier Jahren von uns und vom MBSJ alles schon absehbar war, wage ich zu bezweifeln. Aber der lmb ist weitergegangen und so stehen wir heute hier und können für uns selbst sagen: die Landesinitiative und alles was bislang getan wurde, hat dem lmb in seiner Entwicklung gut getan. Das heißt jedoch nicht, dass nun alles in Butter sei. Das wissen auch alle Beteiligten. Und so will ich nur drei Punkte

Dr. Michael Kaden (Bildungsministerium) stellt das Konzept "Stärkung der Medienkompetenz" vor.

herausgreifen, die ich in der Einladung zu dieser Veranstaltung irreführender Weise als SOLL-Bruchstellen bezeichnet habe. Sollbruchstellen sind ja gewollte Schwachstellen in einer Konstruktion, die einem bestimmten Zweck dienen. Wird ein System überlastet, dann zerbricht es genau an diesen geplanten Stellen. Damit kann also nicht gemeint sein, wenn erstens die Landesinitiative de facto eine Maßnahme des MBSJ ist - gemeinsam mit der mabb - und eben keine Kabinettsangelegenheit. Ich rede also besser von Schwachstellen in der Umsetzung. Die beiden weiteren Schwachstellen aus unserer Sicht sind, dass Leuchttürme und Leitprojekte zwar wichtig sind, allein aber nicht genügen, um im pädagogischen Arbeitsalltag nachhaltig zu wirken. Da müssen wir zu anderen Formen des Praxistransfers finden. Und drittens: Allerorten wird mit einem Minimum an Ressourcen gearbeitet. Das betrifft das MBSJ, das LISUM, den lmb und vermutlich die meisten anderen Akteure der Medienbildung. Vernetzung kann zwar Synergien erzeugen und zu mehr Effektivität führen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass für einen wirklichen Entwicklungsschub zunächst einmal MEHR Energie aufgewandt werden muss. Im All braucht eine Rakete auch nur noch Manövriertriebwerke, zum Start aber braucht es sehr viel Treibstoff!

Was wären aus der Perspektive des lmb also zentrale Aktionsfelder, die ab heute mit doppelter Energie bearbeitet werden müssten? Auch hier will ich wieder nur drei herausgreifen:

Erstens: Die Übertragung von Verantwortung an ein Kollektiv wie das sog. „Medienkompetenz-Netzwerk Brandenburg“ [Konzept MBSJ] bedeutet kollektive Verantwortungslosigkeit.

Wir brauchen eine steuernde, koordinierende Instanz. Dazu gehören Personal und Sachmittel. Zweitens: Die Umsetzung regionaler Netzwerke der Medienbildung sollte zentrale Herausforderung ab sofort sein. Auch hierfür brauchen wir Lösungen mit Personal und Sachmitteln, die die in der MBSJ-Konzeption beschriebenen Aufgaben umsetzen. Drittens sollte das Parlament gesetzgeberisch dahingehend wirken, das Gesetz „über die Ausbildung und Prüfung für Lehrämter und die Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Land Brandenburg“ so zu novellieren, dass Medienbildung zum prüfungsrelevanten Bestandteil der Lehrerinnen- und Lehrerprüfungen wird. KMK-Beschlüsse allein – das zeigt die Praxis – genügen nicht, in der Lehrerbildung zügig Medienbildung zu berücksichtigen, obwohl diese Beschlüsse verbindlichen Charakter haben. Nur so werden wir das Pferd von vorne aufzäumen: Basiscurriculum Medienbildung hin oder her – wenn nicht in der Lehramtsausbildung angefangen wird, muss umso mehr Energie aufgewandt werden, um mit Fort- und Weiterbildungen nachzubessern.

Wir stehen heute an einem Wendepunkt, an dem nicht mehr die Frage steht, ob Bildung mit digitalen Medien und über digitale Medien stattfinden soll – das wäre eine realitätsverweigernde Diskussion – sondern wie wir diesen Prozess gestalten. Ob wir es dem Selbstlauf überlassen und damit einen Keil in den eh schon bestehenden digitalen Spalt treiben oder ob wir Medien als Instrument und Gegenstand einer emanzipatorischen Bildung begreifen. Ich plädiere für letzteres und freie mich auf die nun folgende Debatte.

Die Debatte

Susanne Schmidt: Wir haben sehr viel Input bekommen und darüber gesprochen, dass es vier parlamentarische Anträge zur Medienbildung gibt, die morgen im Landtagsplenum behandelt werden sollen. Ich begrüße also zunächst die Landtagsabgeordneten und bitte Sie, kurz die ein oder zwei Hauptpunkte Ihrer Anträge zum besseren Verständnis für das Publikum darzustellen. Die Anträge sind erst seit wenigen Tagen auf der Landtagsplattform abrufbar. Was also fordern die Fraktionen im Landtag in Sachen Medienbildung?

Kristy Augustin: Neben dem Basiscurriculum Medienbildung, das ab 2017/18 unterrichtswirksam kommen soll, liegt uns vor allem die Lehrerbildung am Herzen. Uns ist wichtig, dass Medienbildung zum prüfungsrelevanten Bestandteil der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung gemacht wird, sprich diejenigen auch auszubilden, die später den Rahmenlehrplan weitergeben müssen. Da sehen wir den großen Bedarf.

Marie-Luise von Halem: Chronologisch ist ja der Antrag der Koalition der zweite gewesen, der vorgelegt worden ist. Wir haben uns überlegt: Können wir uns einem dieser Anträge anschließen? Das, was die CDU vorgelegt hat, fanden wir zwar richtig. Unserer Meinung nach kann es aber nicht nur darum gehen, Medienbildung zu einem prüfungsrelevanten Bestandteil bei der Lehrerbildung zu machen. Angesichts dessen, dass das Durchschnittsalter von Lehrkräften in Brandenburg um die 50 liegt, ist es viel wichtiger, Fort- und Weiterbildungen anzubieten, um auch schnell eine Bewegung zu erreichen. Und das in sehr viel größerem Umfang als es bislang passiert. Dann gab es diesen Antrag der Koalitionsfraktion, der aus meiner Sicht nicht nur sehr viel redet von „Wir wollen hier fördern und da unterstützen“, ohne dass man dann genau weiß, was wird denn eigentlich anders?

Susanne Schmidt: Da haben wir schon einen guten Aufschlag bekommen für die

Regierungsseite. Es gibt zwei Anträge von der Regierung. Einer, der sich auch mit dem Thema "Medienkompetenz an Schulen" befasst. Und der zweite Antrag richtet sich an die Eltern.

Kathrin Dannenberg: Ich gehe erstmal auf den ersten Antrag ein, die Medienkompetenz an Schulen betreffend. Das, was Frau von Halem angesprochen hat, dieser Bericht hinsichtlich der Projekte, die hier gelaufen sind beziehungsweise auch der Förderprogramme, soll bis Mitte 2017 vorliegen. Und dann, was uns wichtig war: Eben auch entsprechende Schlussfolgerungen daraus ziehen. Also, was können wir jetzt mit diesen ganzen Infomaterial anfangen? Wie haben die Förderprogramme gewirkt, die an den verschiedenen Schulformen eingesetzt worden sind? Wir haben auch in diesem Antrag ganz klar gesagt: Es muss Aussagen geben zur Fortbildung von Lehrkräften, weil uns natürlich auch klar ist, dass unsere Lehrkräfte hier Unterstützung brauchen, aber auch zur Ausbildung von Lehrkräften. Wir waren auch eng im Gespräch mit dem Landesverband Medienbildung und wissen durchaus, dass Medienbildung in der Lehrkräftebildung natürlich eine Rolle spielen muss und dass das ein Schwerpunkt sein muss. Und, dass es natürlich auch prüfungsrelevant sein muss. Das wissen wir. Uns kam es in dem Antrag außerdem darauf an, dass die Landesregierung Rahmenbedingungen oder einen Maßnahmenplan vorlegen muss für den Einsatz von OER, also open education resources, um natürlich den Schulen die Möglichkeit zu bieten, auf freie Inhalte im Internet zurückgreifen zu können. Und der letzte Punkt: Das Basiscurriculum "Medienbildung": Ich habe mich intensiv damit beschäftigt, und jedesmal, wenn ich es lese, denke ich: Oh, mein Gott, im Moment bin ich etwas froh, dass ich gerade nicht in der Schule als Lehrerin bin. Es ist wirklich ambitioniert und hier brauchen die Lehrerinnen und Lehrer definitiv Unterstützung.

Susanne Schmidt: Vielen Dank. Nun noch kurz zum zweiten Antrag. Da gehen wir mal von der

Schule weg, über die wir jetzt viel gesprochen haben.

Simona Koß: Uns war wichtig, nochmal in einem gesonderten Antrag deutlich zu machen, dass wir auch in Richtung Eltern aufklärend und unterstützend wirken müssen. Denn, machen wir uns nichts vor, digitale Medien haben sehr sehr viel Positives, aber wir haben auch jetzt schon Kinder, die kaum noch rausgehen, die bestimmte Medien unendlich nutzen. Da muss man dann auch an die Eltern, nicht nur an die Lehrkräfte herangehen. Und noch ein Hinweis: Wir haben im ersten Antrag auch die außerschulische Bildung aufgenommen. Wie kann außerschulische Expertise mit dem System Schule noch besser verzahnt werden, um auch hier Unterstützung zu bringen.

Susanne Schmidt: Vielen Dank. Das ist also der Rahmen. Wir haben über viele Akteure gesprochen, sehr viel über die Schule, aber auch über die Eltern und die außerschulische Medienbildung, die wir hier im Landesfachverband hauptsächlich vertreten. Es geht in der Landesinitiative auch sehr darum, wie all diese Punkte verzahnt werden können. Wie kann man die Landesinitiative voranbringen? Wohin steuert Brandenburg? Was sind die Punkte, die wir beachten müssen? Es gibt sehr viele Akteure. Also, zum ersten Diskussionspunkt: Wie können regionale Netzwerke der Medienbildung aufgestellt werden? Brandenburg ist ein Flächenland. Es muss vor Ort was getan werden. Schulische und außerschulische Partner sollen zusammenarbeiten. Was kann man da tun? Gibt es da schon Ansätze, die weiterhelfen können?

Bernd Mones: Zwei Punkte will ich anmerken, wo es ganz erheblich darauf ankommt, dass von Landesseite aus noch stärker, besser, konstruktiver mit den Kommunen zusammengearbeitet wird. Kommunen sind Schulträger. Das heißt, sie sind verantwortlich - letztlich auch finanziell - für die Ausstattung

der Schulen. Davon hängt sehr viel ab. Nicht nur die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, sondern eben auch die Ausstattung bis hin zu funktionierenden und leistungsfähigen W-Lan-Netzen. Das ist eine wichtige Sache. Hier ist es ganz wichtig, zwischen Kommunen, den Schulämtern und dem Land einen guten Weg zu finden. Der ist ja nicht immer einfach. Das Zweite ist, wenn es um kommunale Netzwerke geht: Jugendeinrichtungen, außerschulische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen sind vielfach in kommunaler Trägerschaft. Auch da muss stärker geguckt werden: Können das die Kommunen alleine tragen? Oder wie kann man das gemeinschaftlich besser aufstellen, dass beispielsweise die JIMs, die wir ja mit unterstützen, das medienpädagogische Netzwerk betreiben. Aus unserer Sicht fehlt es an personellen Ressourcen, die in den außerschulischen Bildungseinrichtungen dafür ausgebildet und - die wir ja auch mit ausbilden - auch angestellt sind. Das ist ein schwerer Weg, aber deswegen wollte ich das gleich an den Anfang der Diskussion stellen.

Susanne Schmidt: Also, Netzwerke brauchen Ressourcen - sowohl personelle als auch finanzielle. Gibt es in der Runde jemanden, der ein funktionierendes Netzwerk hat oder versucht, ein Netzwerk aufzubauen, um mal zu sagen, was es eigentlich braucht, um so ein Netzwerk zu unterhalten?

Tobias Falke: Wir führen seit fünf Jahren in Cottbus ein Projekt durch namens "Cyber-Mobbing aufgeklärt". Wir arbeiten da in einem Netzwerk mit der Polizei zusammen, mit Schulen, mit der Brandenburgisch Technischen Universität, mit freien Trägern, mit den Jugendtheater. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Mones gesagt hat: Alles braucht Zeit. Es braucht Ressourcen. Es braucht auch ein Feingefühl dafür, wer mit wem zusammenarbeitet, wer hat welche Absichten? Und, da braucht es auch von den Kommunen die Unterstützung, das zu begleiten, zu moderieren

Marie-Luise von Halem
bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

und nicht die Träger alleine da stehen zu lassen.

Marie-Luise von Halem: Ich will jetzt nochmal nachfragen zu diesem Thema "regionale Netzwerke". Das ist nämlich auch etwas, das in Bezug auf die Flächendeckung dieses ganzen Konzeptes wahnsinnig wichtig ist. Was aber natürlich in vielen Aspekten Dinge beinhaltet, die wir von Landesebene eigentlich gar nicht so richtig steuern können. Also, die Frage mit Kooperation, Feingefühl vor Ort, die Einbeziehung der verschiedenen Träger, auch gerade, was ich super wichtig finde, dass es generationsübergreifend ist - schulisch und außerschulisch. Aber, kann das Land tatsächlich - außer jetzt dieser Forderung, zu sagen: Wir brauchen Ressourcen. - noch irgendwas anderes, wirklich sinnvolles dazu tun?

Tobias Falke: Also, das ist wirklich eine sehr schwierige Frage. Das Land kann auf jeden Fall durch den Fachverband Medienbildung eine moderierende Rolle einnehmen. Und, wenn

dieser Fachverband entsprechend ausgestattet wäre, kann er vielleicht auch noch mehr in die Breite wirken. Wir sind jetzt in Cottbus. Es ist für mich immer ein Aufwand, zum Beispiel nach Potsdam zu kommen, um hier an solchen Runden teilzunehmen. Deswegen denke ich, dass Aktivitäten wie beispielsweise Tagungen mehr gestreut sein sollten. Und dazu braucht es eben wieder diese Ressourcen.

Susanne Schmidt: Also, die Kollegen aus Cottbus, muss man nochmal dazusagen, haben jetzt die nationale Medienbildungstagung nach Brandenburg geholt. Im Oktober findet das Forum Kommunikationskultur der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), dem Dachverband aller Medienpädagogen in Deutschland, in Cottbus statt. Das ist ein großer Erfolg, auch dank der Arbeit vor Ort. Jetzt ist mir noch ein weiteres Netzwerk im Land bekannt, das der Filmbildung. Wie läuft es da? Was sind die Stolpersteine?





Beate Rabe: Das Netzwerk Filmbildung gibt es jetzt seit vier Jahren. Die Akteure, die da mit dabei sind, sind institutionell sehr verschieden verankert. Da sind zum Beispiel die Medienwerkstatt oder das Filmmuseum als Landeseinrichtung und gleichzeitig Institut der Filmuniversität. Freie Medienpädagogen sind auch mit dabei, ein Lehrer, das LISUM2, FILMERNST. Also alle, die was mit Filmbildung zu tun haben. Jetzt sind wir gerade dabei, ein Positionspapier zu formulieren. Was brauchen wir eigentlich? So klar ist uns das noch gar nicht. Fakt ist, wir wissen, wir haben das Knowhow, wissen aber nicht so richtig, wie können wir das so überbringen, dass das dann dort ankommt, wo es hin soll. Also in der Lehrerweiterbildung, in der Lehrerausbildung und so weiter.

Susanne Schmidt: Es ist ja ein Charakteristikum von Netzwerken, dass viele verschiedene Akteure, die unterschiedliche Kompetenzen haben, zusammenwirken. Ich glaube, was deutlich wird ist, dass man eigentlich eine steuernde Stelle auch in so einem Netzwerk braucht, die all diese Fäden zusammenzieht. Ich weiß, es gibt hier jemanden aus Potsdam. Potsdam hat ja auch so ein eigenes Netzwerk.

"Das Land kann auf jeden Fall durch den Fachverband Medienbildung eine moderierende Rolle einnehmen." (Tobias Falke)

Grit Sujata: Damit ist das Netzwerk "Medien und Gewalt" gemeint. Zuvor kurz ein Wort zur Medienwerkstatt: Das ist eine Einrichtung, die vorwiegend vom Jugendamt gefördert wird, um Fachkräfte der sozialen Arbeit medienpädagogisch zu qualifizieren. Das Netzwerk "Medien und Gewalt" besteht vorwiegend aus Fachkräften der Jugendarbeit aber auch aus Menschen, die an strategischen Stellen und Schnittstellen arbeiten sowie dem STIBB, zum Beispiel, dem sozial-therapeutischen Institut, das sich auf therapeutischem Wege unter anderem mit Grenzüberschreitungen, die im Netz passieren, befasst. Dann sind aber auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter

Teil des Netzwerks. Es ist ein offenes Netzwerk. Wir treffen uns alle acht bis zwölf Wochen. Also ein loser Zusammenschluss, der auf Austausch ausgerichtet ist, keine wirklich aufgestellte Organisation. Jetzt hatten wir die Idee: Okay, alle Menschen und alle Organisationen, die sich jetzt unter diesem Label "AG Medien und Gewalt" verorten, machen Dinge, die Gewaltprävention und im Speziellen Mediengewaltprävention beinhalten. Es muss zu sehen sein, dass es zu diesem Thema einen Verbund gibt und eine Sammlung von



Angeboten. Die Medienwerkstatt Potsdam hat deshalb eine Webseite www.medienundgewalt.de online gestellt.

Susanne Schmidt: Ein weiterer Punkt: Wir haben die Ressourcen, wir haben die Leute, wir haben den Austausch. Aber, wir müssen auch in irgendeiner Form an die Öffentlichkeit treten, um zu sehen, dass wir da sind, dass die, die diese Angebote nutzen wollen, uns auch im Netzwerk finden. Also, dafür braucht's natürlich auch wieder Ressourcen?

Mechthild Brachmann: Wir sind ein Zusammenschluss von Erziehern, Leitern, Lehrern, Fachreferenten, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Vorschulkindern, also im Früh- oder Elementarbereich Kindern eine förderliche Mediennutzung anzutragen. Unser Motto heißt: "Gemeinsam statt einsam - mit Niveau und Gewinn am PC". Wir sind im Grunde gegen einen unkritischen Mediengebrauch. Wir bringen Medien, die gemeinsam in der Kita genutzt werden, mit anspruchsvollen Themen in Verbindung. Ich sehe, dass sich die Erzieherpraxis, die Pädagogik, teilweise überholt haben. Die Erzieherinnen und Erzieher mussten lernen mit Medien umzugehen, die Kinder forderten es. Unser Problem ist, wir kriegen wir das bedient? Ich bin auf der Suche nach Unterstützung. Und Unterstützung bedeutet immer: Finanzen. Dass man dann eine

v.l.n.r.: die Landtagsabgeordneten Kristy Augustin [CDU], Simona Koß [SPD], Kathrin Dannenberg [Die Linke]

v.r.n.l.: Matthias Specht [Imb], Susanne Schmitt [Moderation]

Anlaufstelle bildet, wo sich jeder informieren kann, der bedürftig ist.

Bernd Mones: Daran anknüpfend, was Frau von Halem eben nachgefragt hat: Was kann das Land steuernd tun, um Prozesse der Bildung regionaler Netzwerke zu unterstützen. Da will ich nochmal in Erinnerung rufen: Vor vier Jahren, als die Landesinitiative gestartet ist, da hat sie zu Recht fachlich sehr viel Lob erfahren. Auch in der Umsetzung, in der Bilanzierung unterstreichen und unterschreiben wir das ja auch, dass wesentliche Entwicklungspunkte sehr gut gelaufen sind. Die Netzwerktagung. Der Förderpreis. Aber, von Anfang an, ich erinnere mich noch an die guten Diskussionen, als das Ganze vorgestellt worden ist. Ich weiß noch gut, wie der damalige MBSJ1-Staatssekretär Jungkamp, der das vorgestellt hat, dann relativ kleinlaut zugeben musste: "Nein, Geld haben wir gerade nicht, um das Ganze richtig umzusetzen." Die mabb2 ist dann dankenswerterweise und sehr verlässlich Partner gewesen, nicht nur im fachlichen, sondern auch im finanziellen Sinne

und hat Einiges unterstützt, wie den Förderpreis und die Netzwerktagung. Aber, wenn es um regionale Netzwerke geht, dann ist ein bewährtes, steuerndes Element darin zu sehen, zumindest kleine Anreize zu geben in die kommunale Ebene. Wir brauchen vor Ort in den Landkreisen oder mindestens in den Schulamtsbezirken Netzwerkpartner, die zumindest auf kleiner Flamme eine Koordinierungs-, Informations-, Weitergabe- und Netzwerkbildungsunterstützung bekommen. Da geht es natürlich um Ressourcen. Wenn das dann in der Anfangsphase der Umsetzung von kommunaler Aufgabenübertragung angestoßen wird, mit Geld auch unternetzt wird, dann ist das letztlich auch eine Steuerungsfrage. Da gibt es viele bewährte Muster, wie so etwas funktioniert hat. Z.B. könnte man das bewährte „610-Stellen-Programm“ nur ein klein wenig- um etwa 18+1 erweitern. Damit gibt das Land ca. 20 % der Personalkosten an die Kommunen, diese und die Träger füllen auf. Zuletzt wurde dies sehr

erfolgreich mit der Aufstockung für die Schulsozialarbeit praktiziert. Das wäre durchaus ein Ansatz, wo zum Beispiel in den anstehenden Haushaltsberatungen mal drüber nachgedacht werden kann, wie man hier die kommunale Verpflichtung, die ja da ist: Schulträgerschaft, Jugendhilfe etc., anspornen, anreizen kann, um die Sicherung oder die im Entstehen begriffenen oder schon bestehenden Netzwerke zu verstärken bzw. zu stabilisieren.

Susanne Schmidt: Wie sieht es auf Landesebene aus? Was ist denn da nötig? Wohin sollte es da gehen? Da würde ich jetzt gerne die mabb aufrufen wollen, Anka Heinze, die Partner auf dieser Ebene ist. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte, wie es weitergehen soll?

Anka Heinze: Weil hier so lobend die mabb erwähnt wurde mit den Fördermöglichkeiten, will ich dazu sagen: Wir bewegen uns mit den ganzen Förderungen - also Initiativen fördern, Netzwerke starten - sehr im Graubereich unserer



Aufgaben. Was ein relativ einfacher Weg ist, um hier sehr viel mehr Möglichkeiten zu schaffen, ist natürlich, auch unsere gesetzlichen Grundlagen zu ändern. Wir haben den Medienstaatsvertrag, der unsere Aufgaben festlegt. Da steht drin, wir dürfen nur Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz fördern mit maximal 50 Prozent der anrechenbaren Kosten. Wenn wir einen Förderpreis ausloben "Medienkompetenz stärkt Brandenburg", fördern wir die Projekte bereits alle mit 100 Prozent. Wenn wir Schwerpunktförderung machen: "Medienkompetenz im höheren Lebensalter" - jetzt werden wir einen Schwerpunkt zum Coding machen - fördern wir die alle mit 100 Prozent. Wenn wir selbst Angebote schaffen, um zum Beispiel Lehrkräfte weiterzubilden. Wir machen das hier im Medieninnovationszentrum Babelsberg MIZ, indem wir beispielsweise Campusmedien fördern. Wir machen Workshops für angehende Lehrkräfte: Teaching 2.0, App-Camps und und und in der Hoffnung, wenn diese Referendare in die Schulen gehen, dieses Thema doch nach und nach in die Schulen kommt. Aber, wenn jemand genau hinguckt, wird deutlich, wie sehr wir unseren Auftrag zur Medienkompetenzförderung in der Praxis bereits großzügig auslegen. Wir sind relativ gut ausgestattet mit finanziellen Mitteln. Aber es gäbe hier sehr viel mehr Möglichkeiten. Also, wir sind willig, und wir sehen auch den Bedarf. Das ist einfach eine Frage, wie der Gesetzgeber die Aufgaben der Medienanstalt definiert. Die Politiker sind aufgefordert zu handeln.

Marie-Luise von Halem: Wir haben ja jetzt sowieso eine Debatte zur Änderung des Medienstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg. Wir haben einen Antrag gestellt für die nichtkommerziellen lokalen Radiosender. Da könnten wir ja jetzt durchaus nochmal diese Forderung mit reinpacken. Eine Frage: das muss ja einen Grund gehabt haben, warum die Regulierungen zur Medienkompetenzförderung im Medienstaatsvertrag damals so reingeschrieben worden sind, wie es heute noch gilt.

Anka Heinze: Das war 2002, als der Medienstaatsvertrag novelliert wurde. Damals war der Ansatz, die Projektträger selbst stärker in die Verantwortung zu nehmen, um sie auch dazu zu animieren, selbst noch weitere Finanzierungsquellen zu erschließen. Das ist jetzt keine offizielle Begründung, so ist es mir vermittelt worden. Aber, da befinden wir uns durchaus auch in einer Diskussion. Wir wurden Ende 2015 auch im Abgeordnetenhaus von Berlin zu diesem Thema angehört, wo es darum ging, Medienbildung zu stärken. Auch dort habe ich adressiert, wenn ihr das Thema stärker verankern wollt, wenn ihr hier mehr machen wollt, dann gebt uns einfach mehr gesetzlichen Rahmen und mehr Mittel!

Susanne Schmidt: Also, die 50 Prozent Kofinanzierung zu bekommen ist schwer, weil in Brandenburg die Zahl der weiteren Fördermöglichkeiten überschaubar ist. Es gibt zwei größere Netzwerke in Brandenburg, die bereits gefördert werden: Einmal das Eltern-Medien-Berater-Netzwerk, zum anderen das der JIM.

Zabrea Köstermann: Die Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg hat für 2016 80 durch mabb und MBSJ geförderte Elternabende angeboten. Die waren im Mai dieses Jahres schon ausgebucht. Da lehnen sich welche zurück und sagen: "Na, dann habt Ihr ja nichts mehr zu tun!" Aber das ist nicht wahr, weil diese Elternabende koordiniert werden müssen. Es muss Material vorbereitet werden. Die Referenten müssen koordiniert und geschult werden. Worüber wir nicht so glücklich sind: Dass wir aktuell keine eigene Ausbildung zum Eltern-Medien-Berater mehr machen können. Im Augenblick fangen dies unsere Kollegen vom Imb noch im Rahmen ihrer medienpädagogischen Zusatzqualifikation auf. Selbst können wir derzeit nicht ausbilden, weil die Förderung ausgelaufen und ein neuer Antrag auf Projektförderung noch nicht bewilligt ist. Das ist also noch keine langfristig gesicherte Aufgabe. Das heißt, wir sind ständig in der Not:

Bernd Mones

Vorsitzender Imb

Können wir das forttreiben? Es ist einfach notwendig, das Netzwerk weiterzuführen und kontinuierlich auszubauen.

Susanne Schmidt: Wie arbeitet nun eigentlich der Landesfachverband Medienbildung selbst, der ja auch ein Netzwerk unterhält, das der Jugendinformations- und Medienzentren (JIM)?

Matthias Specht: Als wir vor elf Jahren unser medienpädagogisches Netzwerk der JIMs gegründet hatten, ein Jahr nachdem die Rahmenvereinbarung zwischen MBSJ und damals noch LAG Multimedia über die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit beschlossen worden ist, da war überhaupt noch nicht absehbar, wo wir elf Jahre später stehen würden. Damals haben wir einfach angefangen: Ausschreibung, zehn, elf Standorte identifiziert und wir haben losgelegt, parallel dazu qualifiziert, Netzwerktreffen organisiert, ein Filmfestival aus dem Boden gestampft, das es bis heute gibt. Seitdem wächst das Netzwerk. Fünf Jahre später hat dann auch das MBSJ die Arbeit anerkannt. Seitdem können wir uns zumindest auf Honorarbasis einen Koordinator leisten, der das Netzwerk betreut. Das ist das, was wir auf Landesebene als Fachverband leisten können: Die Fachkräfte beisammenhalten, weiterbilden, Ihnen einen Raum für Austausch geben und für ein Qualitätsmanagement sorgen - das ist alles mittlerweile Bestand. Der Kollege, der das Netzwerk koordiniert, der läuft sich die Hacken ab, um das Netzwerk zu erweitern. Dieses Jahr kommen noch mehrere Standorte hinzu. Das heißt, auch die Arbeit wird immer mehr. Insofern sehen wir starke Bedarfe, was die Koordination, die Betreuung des Netzwerkes angeht. Die Fachkräfte vor Ort haben ihr Standbein in der Jugendarbeit, in der Jugendmedienarbeit und haben ihr Spielbein in der Kooperation mit Schulen. Ich sehe, dass sehr viel Schulen in nächster Zeit auch auf unser Netzwerk zugehen werden, um weitere Formen der Zusammenarbeit zu suchen, weil Schulen selbst Bedarfe haben, um auch dieses Basiscurriculum "Medienbildung" umzusetzen.

"Wenn ihr [die Politiker] hier mehr machen wollt, dann gebt uns einfach mehr gesetzlichen Rahmen und mehr Mittel!" (Anka Heinze)

Insofern haben wir eine Menge erreicht mit dem, was uns an begrenzten Ressourcen bisher zur Verfügung gestellt worden ist. Aber, im Augenblick sind wir auf einen Stand, wo es wirklich extrem schwierig wird, überhaupt noch weiter zu gehen im Rahmen dessen, was bisher besteht und sich erweitert. Also, da brauchen wir schon ein deutliches Upgrade.

Bernd Mones: Ich will das finanztechnisch noch unterfüttern, weil ja so gefragt wurde: Was sind das für Netzwerke? Woher sind sie entstanden, und wie werden sie finanziert? Bei der Elternmedienarbeit liegt es halt daran, dass sie über viele Jahre über Lottomittel - das wird ja jedem was sagen - finanziert wurden. Und

das ist eine endliche Förderung. So, wie die mabb nur 50 Prozent fördern darf, dürfen die Ministerien die Lottomittel nur zwei oder drei Jahre für modellhafte, innovative Projekte ausreichen. Und Personal kann damit in der Regel gar nicht finanziert werden. Das heißt, das ist eine wacklige Finanzierungsbasis. Was wir uns natürlich wünschen, dass so ein Projekt, so ein nachgefragtes und fachlich wie politisch gewünschtes Programm wie Elternmedienberatung, wo auch kein Fachmensch widersprechen würde, dass es diese Nachfrage gibt, eine solide Grundausstattung bekommt. Das würde bedeuten, dass in der Haushaltsanmeldung durch das Ministerium - ich weiß, dass das nicht passiert ist -, in den Landesjugendplan eine entsprechende Summe reingeschrieben wird. Aber, an der Stelle muss man auch für dieses landesweite Netzwerk und diese Dienstleistung sagen, dass es da schlicht keine politische Prioritätensetzung gibt. Das Gleiche gilt für das Netzwerk der JIM. Da gibt es auch keine systematische Unterstützung. Das ist halt jedem Landkreis überlassen. Man könnte ja, wie eben schon mal betont, eine Idee entwickeln analog zur Vereinbarung im Koalitionsvertrag über 100 zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit., In jedem der 18 Landkreise und kreisfreien Städte eine JIM-Koordinationsstelle zu etablieren, das wäre

sinnvoll. Aber, es ist ja gut, dass wir zwei Koalitionsfraktionen hier haben und die wissen das dann schon mal.

Susanne Schmidt: Okay. Wir stellen also fest, es gibt schon viele Angebote - sowohl regional, lokal als auch auf Landesebene. Es gibt wirklich viele gut ausgebildete Leute, die vor Ort - und darum geht's ja eigentlich - Medienbildung bei Kindern und Jugendlichen, Erwachsenen, Eltern machen können, aber sie bräuchten mehr Unterstützung.

Bernd Mone: Und Verlässlichkeit. Kontinuität. Die Aufgabe wird bleiben in den nächsten Jahren. Also, die ist nicht mit Lottomitteln zu bedienen.

Susanne Schmidt: Ich würde jetzt gern den letzten Punkt aufrufen. Es ist das Thema Aus- und Fortbildung angesprochen worden, auch in allen Anträgen. Und es gibt natürlich auch die außerschulischen Fachkräfte, die ausgebildet werden müssen. Ich weiß, die Universität Potsdam hat sich hier bereits auf den Weg gemacht. Cornelia Brückner kann uns sagen, was an der Uni Potsdam bereits heute in der Ausbildung zum Lehrerberuf im Kontext der Medienbildung getan wird.

Cornelia Brückner: Gleich ganz grundsätzlich: Wir haben gar nicht mal so eine schlechte gesetzliche Ausgangslage. Die Grundlage für die Lehrerausbildung ist das Lehrerbildungsgesetz. Da ist im ersten Paragraph, gleich im ersten Absatz festgelegt, dass in der Lehramtsausbildung eine zielgerichtete Qualifizierung zum Einsatz mit neuen Medientechnologien erfolgen soll. Und wir haben auch, das muss man auch mal anerkennend erwähnen, seit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2012 „Schulische Medienbildung“ die Festlegung, dass in den Bildungswissenschaften, die also alle Lehramtsstudierende durchlaufen, eigentlich immer ein Teil "Medienbildung" oder "Einsatz

Anka Heinze
stellvertretende Direktorin der
Medienanstalt Berlin-Brandenburg



neuer Medien" mit aufgenommen werden sollte in die Module. Das ist auch erfolgt bei uns. Wir haben seit 2014 eine neue Studienordnung. Im neuen Masterstudiengang gibt es nun tatsächlich ein Pflichtmodul, in dem ein Inhaltspunkt "Medienbildung" ist als Stichwort, oder "Umgang mit neuen Medien in Schule und Unterricht". Dadurch ist es aber noch nicht wirklich prüfungsrelevant, denn das ist eben ein Inhaltspunkt von einem Pflichtmodul im Masterstudiengang. Ein Pflichtmodul hat in diesem Falle sechs Leistungspunkte - eine Vorlesung und ein Seminar. Wir können im Grunde genommen am Ende nicht sagen, wird dieser Teil denn wirklich abgeprüft, was jetzt die Medienbildung angeht. Das ist erstmal ganz grundsätzlich die gesetzliche Lage. Es passiert auch schon einiges und die Universität Potsdam ist auch sehr aktiv.

Wir hatten 2013 ein großes Strukturprojekt, gefördert vom Europäischen Fond für regionale Entwicklung, um speziell die Lehrerbildung an der Universität Potsdam mit einer digitalen Infrastruktur auszustatten. Wir haben in den Fachbereichen sehr viele Geräte gekauft - zum Beispiel Tablets, interaktive Whiteboards, auch Smartphones, so dass die Fachbereiche auch dazu kommen, mit den entsprechenden Geräten Szenarien zu entwickeln, die dann in der Lehramtsausbildung entweder thematisiert werden als mögliche Umsetzungen im schulischen Unterricht oder auch eingesetzt werden für die einzelnen Seminare. Also: es gibt diese Initiativen. Ich selbst bin am "Zentrum für Lehrerbildung" Referentin für Medien und Internationales, was ja auch schon ein Signal ist, dass es diese Stelle gibt. Nur es passiert noch zu wenig systematisch. Wir brauchen die Verankerung der Medienbildung in den Bildungswissenschaften. Wir brauchen die Verankerung aber genauso auch in der Fachdidaktik. Dass man sagt: Medienumsetzung fachimmanent, bezogen auf die Bedürfnisse der einzelnen Unterrichtsfächer und Fachbereiche. Und: wir dürfen nicht die ganze Thematik der Medientechnologie aus dem Auge verlieren. Das ist für uns auch eine große Frage: Wie erreichen wir, dass die Studierenden, die bei uns Lehramt studieren wollen, auch alle im Prinzip das gleiche Eingangsniveau haben, die gleiche

Medienkompetenz, um dann auch reflektiert und unterrichtsbezogen über einen Medieneinsatz nachzudenken.

Kathrin Dannenberg: Ist es denn nicht Sache der Uni festzulegen, was ein zukünftiger Lehrer in der Ausbildung in den Bildungswissenschaften, in der Fachdidaktik braucht? Das können Sie doch eigentlich festlegen. Oder woran hakt es dabei?

Cornelia Brückner: Wir müssen uns danach richten, was die KMK als Standard für die Lehrerbildung festlegt. Danach werden unsere Studienordnungen erstellt. Wir sind da nicht so autonom, wie wir uns das vielleicht wünschen. Wir haben einen gewissen Spielraum, den nutzen wir aus. Sie können sich aber denken, die Universität ist auch ein großer Tanker. Studienordnungen zu ändern, Curricula neu zu formen - das dauert einfach.

Kathrin Dannenberg: Der Wunsch, dass Medienbildung prüfungsrelevant sein soll, ist also durchaus akzeptabel?

Cornelia Brückner: Ja, das finden wir gut. Denn dies bedeutete, dass die Studienordnungen entsprechend angepasst werden müssten. Im Regelfall funktioniert das so rum besser.

Simona Koß: Nur eine Nachfrage zum Verständnis. Sie haben vorhin gesagt, die Inhalte müssen mit der KMK abgestimmt werden. Wie sieht es dann mit der Prüfungsrelevanz aus? Können wir das dann einfach nur für das Land Brandenburg so festlegen in einem Gesetz oder müssen wir uns dann auch an KMK-Richtlinien halten?

Cornelia Brückner: Die Lehrerbildungsgesetze sind in den verschiedenen Ländern recht unterschiedlich. Das ist in dem Falle für die Landespolitik eine wichtige Stellschraube.

Susanne Schmidt: Also bestehen durchaus Chancen, dass wir das hier in Brandenburg vielleicht irgendwann mal haben könnten.

Cornelia Brückner: Durch das neue Basiscurriculum Medienbildung für die ersten

bis 10. Klassen habe ich auch noch mal ein ganz anderes Argument, um zu sagen: "Wir müssen das alles systematisieren. Wir brauchen wirklich eine Medienkompetenz in der Lehramtsausbildung." Entwicklung von Medienkompetenz in der Lehramtsausbildung hilft uns auf jeden Fall weiter.

Susanne Schmidt: Es gibt neben den Lehrerinnen und Lehrern ja auch die vielen Fachkräfte in der Sozialen Arbeit. Die sind auch pädagogisch gefragt. Die BTU Cottbus hat einen medienpädagogischen Lehrstuhl für Sozialarbeiter. Wie ist der aufgestellt?

Tobias Falke: Die Brandenburg Technische Universität hat einen Studiengang "Soziale Arbeit". In diesem Studiengang - "Soziale Arbeit" ist ja ein interdisziplinäres Fachgebiet - gibt es aktuell zwei Professuren für Medienpädagogik. Eine Professur widmet sich den neuen Medien, die andere den künstlerisch-ästhetischen Medien. Beide Professuren enden in drei Jahren und es sind neue Berufungsverfahren auf dem Weg. Aber im Rahmen der Verhandlungen zum neuen Hochschulentwicklungsplan wurde festgeschrieben, dass es nur noch eine Professur für Medienpädagogik geben wird. Welche Ausrichtung diese nimmt, ist letztendlich Sache der Prüfungskommission, die den Ausschreibungstext formuliert. Also, soviel zur Situation der Sozialarbeiter.

Susanne Schmidt: Ab Herbst dieses Jahres soll es auch eine neue Professur für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Neue Medien geben an der Fachhochschule Potsdam. Eine positive Entwicklung wie ich finde.

Bernd Mones: Es geht um Lehrerinnen und Lehrer, es geht um Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, eine ganz wichtige Berufsgruppe sind Erzieherinnen und Erzieher, also Kindertagesbetreuung, Hortbetreuung bis in die

Jugendklubbetreuung. Auch da muss natürlich in die Curricula Medienbildung einziehen. Das geht über das Sozialberufegesetz im Land Brandenburg, kann durch das Land Brandenburg insofern beschlossen werden. Dass das auch wiederum ein langwieriger Prozess ist, wenn man das aufmacht, das ist klar. Aber, auch da muss sich ganz viel bewegen, weil, wir wissen alle, dass in der Kita, im Hort und auch im Jugendklub Medienbildung genauso angesagt ist

wie in der Schule und qualifiziertes Fachpersonal dort gebraucht wird. Da wird auch auf dem Fortbildungswege durch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut schon viel gemacht, aber eine grundständige Ausbildung für einen guten Start in die mediatisierte Berufswelt, die brauchen wir mindestens auch.

"Wir brauchen die Verankerung der Medienbildung in den Bildungswissenschaften. Wir brauchen die Verankerung aber genauso auch in der Fachdidaktik."
(Cornelia Brückner)

Ich möchte mich zum Abschluss sehr sehr herzlich bedanken bei Ihnen allen, dass Sie da waren, qualifiziert mitdiskutiert und Ihre Gedanken, Anregungen und Fragen eingebracht haben. Ich hoffe sehr, dass wir den aktiven, innovativen Landtagsabgeordneten noch mehr Ideen über ihre eigenen Anträge hinaus geliefert haben, die dann auch Früchte tragen werden. Da bin ich nach dieser Diskussion auch sehr zuversichtlich.



Imb
Landesfachverband
Medienbildung
Brandenburg e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

Imb - Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V.
Breite Str. 7a, 14467 Potsdam
www.medienbildung-brandenburg.de

Drucklegung

Juni 2016

V.i.S.d.P.

Bernd Mones, Vorsitzender Imb

Redaktion

Matthias Specht, Susanne Schmitt

Satz

Matthias Specht

Druck

Eigendruck. Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier

Bildnachweis

Michael Lange. Alle verwendeten Fotos stehen unter einer Creative Commons-Lizenz "Namensnennung-Nichtkommerziell 3.0 de" (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/legalcode>)

MEDIENKOMPETENZ
STÄRKT
BRANDENBURG

Das bildungspolitische Forum "Medienbildung jetzt. Wohin steuert Brandenburg?" wurde gefördert durch



mit freundlicher Unterstützung durch das Medieninnovationszentrum Babelsberg

